

1.10 Rechtsform des Unternehmens

<input type="checkbox"/> Einzelunternehmen	<input type="checkbox"/> OHG	<input type="checkbox"/> KG	<input type="checkbox"/> GmbH	<input type="checkbox"/> sonstige
<input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG	<input type="checkbox"/> GbR	<input type="checkbox"/> AG	<input type="checkbox"/> KgaA	<input type="checkbox"/> eG

1.11 Der Antragsteller betreibt das Unternehmen im Haupterwerb

ja nein

1.12 Gründung des Unternehmens am:

1.13 Geschäftsgegenstand :

Handelt es sich um ein Handwerksunternehmen? ja nein

1.14 Anzahl der Mitarbeiter (JAE) im Unternehmen
(einschl. Unternehmer)

davon Frauen

Diese Angabe ist für den Fördersatz entscheidend. Bitte beachten Sie die nachfolgende Definition:

Die Mitarbeiterzahl entspricht der Zahl der Jahresarbeitseinheiten (JAE), d. h. der Zahl der Personen, die in dem betroffenen Unternehmen oder auf Rechnung dieses Unternehmens während des gesamten Berichtsjahres einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen sind. Für die Arbeit von Personen, die nicht das ganze Jahr gearbeitet haben oder die im Rahmen einer Teilzeitregelung tätig waren und für Saisonarbeit, wird der jeweilige Bruchteil an JAE gezählt. In die Mitarbeiterzahl gehen ein:

- a) Lohn- und Gehaltsempfänger;
- b) Für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen und nach nationalem Recht Arbeitnehmern gleichgestellt sind;
- c) Mitarbeitende Eigentümer;
- d) Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben und finanzielle Vorteile aus dem Unternehmen ziehen.

Auszubildende oder in der beruflichen Ausbildung stehende Personen, die einen Lehr- bzw. Berufsausbildungsvertrag haben, sind in der Mitarbeiterzahl nicht berücksichtigt. Die Dauer des Mutterschafts- bzw. Elternurlaubs wird nicht mitgerechnet.

1.15 Jahresumsatz des Unternehmens *)

Jahr:

1.16 Bilanzsumme des Unternehmens *)

_____ EUR

_____ EUR

*) Angaben des letzten vorliegenden Jahresabschlusses

1.17 Beteiligungsverhältnisse

Ist das Antrag stellende Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals an einem oder an weiteren Unternehmen beteiligt?

ja nein

An dem Antrag stellenden Unternehmen sind folgende Gesellschafter beteiligt:

Name	Beteiligung in %
------	------------------

_____	_____
_____	_____
_____	_____
_____	_____

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Bezeichnung der Messe

2.2 Messeort (PLZ, Ort)

2.3 Bundesland bzw. Land (Auslandsmessen)

2.4 Wie groß ist Ihre eigengenutzte Ausstellungsfläche (m²)?

Halle: _____ Außengelände: _____

Gemeinschaftsstand: ja nein

2.5 Zeitliche Durchführung

Beginn der Messe bzw. Ausstellung (TT.MM.JJJJ)

--	--	--	--	--	--	--	--

Ende der Messe bzw. Ausstellung (TT.MM.JJJJ)

--	--	--	--	--	--	--	--

2.6 Projektbeschreibung (bitte als Anlage beifügen!)

3. Ausgaben und Finanzierung

3.1 Ausgaben

	Ausgaben in EUR (netto)
Standflächenmiete	

3.2 Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung (bezogen auf die Standflächenmiete)

Eigenmittel	_____	EUR
beantragte Förderung	_____	EUR
Gesamtfinanzierung		EUR

4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende Anlagen (soweit zutreffend) beizufügen:

- Unterschriftenprobenblatt (Anlage 1)
- aktuelle De-minimis –Erklärung (Anlage 2)
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Kopie der Handelsregistereintragung
- Kopie der Gesellschafterliste mit Gesellschaftsanteilen
- Projektbeschreibung
- Vordruck „Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen“ (unter www.lfi-mv.de als „KMU-Abfrage“ abrufbar)

5. Hinweise/Erklärungen

- 5.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die Richtlinie der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern zur Förderung der Teilnahme von Unternehmen an Messen und Ausstellungen zur Kenntnis genommen habe(n).
- 5.2 Ich/Wir versicher/n hiermit ausdrücklich, dass mein/unsere Unternehmen mit dem zur Förderung beantragten Projekt vor der Antragstellung noch nicht begonnen hat und bis zum Vorliegen der Eingangsbestätigung des Landesförderinstitutes M-V nicht beginnen wird. (Als Beginn des Projektes gilt grundsätzlich der Abschluss eines der Durchführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages.)
- 5.3 Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
- a) Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.1 bis 1.5),
 - b) Rechtsform, Haupterwerb, Gründungsdatum (Ziffer 1.10 bis 1.12),
 - c) Angaben zum Geschäftsgegenstand und zur Anzahl der Beschäftigten (Ziffer 1.13, 1.14),
 - d) Angaben zum Jahresumsatz und zur Bilanzsumme (unter Ziffer 1.15, 1.16),
 - e) Beteiligungsverhältnisse (unter Ziffer 1.17),
 - f) Angaben zur Messe (Ziffer 2.1 bis 2.5),
 - g) Beschreibung des Messeprojektes, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen (unter Ziffer 2.6),
 - h) Angaben zu den Ausgaben (Ziffer 3.1),
 - i) Angaben zur Finanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen (Ziffer 3.2).
- 5.4 Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- 5.5 Mir ist/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. Ich/Wir werde(n) der Bewilligungsbehörde jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen.
- 5.6 Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unsere personenbezogenen Daten und zu meinen/unsere Rechten habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen.
- 5.7 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Zuschussberechtigung durch Einsicht in meine/unsere Bücher, Belege und sonstigen Geschäftsunterlagen sowie durch örtliche Erhebung von der Bewilligungsbehörde oder einem von dieser autorisierten Vertreter geprüft werden kann.
- 5.8 Ich/Wir erkläre(n), dass die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.
- 5.9 Ich/Wir erkläre(n), dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant worden ist.
- 5.10 Ich/Wir erkläre(n), dass für das Vorhaben keine weiteren öffentlichen Finanzierungshilfen bei anderen Stellen beantragt worden sind bzw. beantragt werden.
- 5.11 Ich/Wir erklären, dass sich das Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht in Schwierigkeiten befindet, über mein/unsere Vermögen kein Insolvenzverfahren eröffnet oder beantragt worden ist und ich/wir keine Vermögensauskunft nach § 802 c ff Zivilprozessordnung abgegeben habe/haben oder dazu verpflichtet bin/sind.
- Ein Unternehmen gilt dann als Unternehmen in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeiten gezwungen sein wird, wenn der Staat nicht eingreift. In diesem Sinne befindet sich ein Unternehmen daher dann in Schwierigkeiten, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:
- a) Im Falle von Kapitalgesellschaften: Mehr als die Hälfte des gezeichneten Grund- bzw. Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Eigenkapitals entspricht.
 - b) Im Falle von Personengesellschaften: Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.

- c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
- d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.

Ein KMU wird in den ersten drei Jahren seiner Gründung nur dann als Unternehmen in Schwierigkeiten betrachtet, wenn es die Voraussetzungen unter Buchstabe c) erfüllt.

5.12 Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen, über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. der EU L 347/320 vom 20.12.2013) Anwendung findet.

Nach den EU-Strukturfonds-Vorschriften veröffentlichen die jeweils zuständigen Verwaltungsbehörden mindestens einmal jährlich ein Verzeichnis, das Auskunft über die einzelnen Begünstigten, die geförderten Vorhaben bzw. Maßnahmen sowie die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel geben. Ich bin/wir sind mit der Aufnahme der vorgenannten Angaben in das Verzeichnis einverstanden.

Unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch Vorhaben im Rahmen des operationellen Programms prüfen können.

5.13 Mir/Uns ist bekannt, dass der Antrag sowie die entsprechenden Anlagen von unterschiftsberechtigten Personen (gemäß Unterschriftsprobenblatt – Anlage) rechtsverbindlich zu unterzeichnen sind.

<hr/> <p>Ort, Datum</p>	<p>(Stempel)</p> <hr/> <p>Rechtsverbindliche Unterschrift(en)</p>
-------------------------	---

Anlage 1

Absender:

Landesförderinstitut
 Mecklenburg-Vorpommern
 Geschäftsbereich der NORD/LB
 Werkstraße 213
 19061 Schwerin

Unterschriftsprobenblatt

Für die Firma: _____

sind Ihnen gegenüber folgende Personen zeichnungsberechtigt:

Dienststellung und Name	einzeln zeichnungs- berechtigt *)		Unterschriftsprobe
	ja	nein	
Vorstandsmitglieder/ Geschäftsführer/Einzelkaufleute			
Name:			
Name:			
Name:			
Name:			
Prokuristen:			
Name:			
Name:			
Handlungsbevollmächtigte:			
Name:			
Name:			

*) Bitte beachten Sie die Kompetenzvollmachten gemäß Handelsregister

Die hiermit bekanntgegebenen Unterschriften gelten bis zum schriftlichen Widerruf.

.....
(Datum)

(Stempel)

.....
(Unterschrift/en)